

**Information gemäß Art. 13 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (EU-
DSGVO)**
für Personen, die das Onlinewahlscheinverfahren zur Europawahl 2019 nutzen

Vorbemerkung

Allgemein gelten für die Europawahl datenschutzrechtliche Spezialregelungen, siehe § 78 EuWO.

Für Wahlberechtigte besteht die Möglichkeit einen Antrag auf Erteilung eines Wahlscheins zu stellen (§ 24 EuWO).

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:

Gemeinde Everswinkel
Haupt- und Personalamt
-Wahlen-
Am Magnusplatz 30
48351 Everswinkel
Telefon: 02582 / 88 218
E-Mail: wahlen@everswinkel.de

2. Beauftragter für den Datenschutz:

Gemeinde Everswinkel
Haupt- und Personalamt
Am Magnusplatz 30
48351 Everswinkel
Telefon: 02582 / 88 307
E-Mail: datenschutz@everswinkel.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Der Wahlschein wird nach § 25 EuWO von der Gemeindebehörde erteilt, in deren Wählerverzeichnis die/der Wahlberechtigte in das Wählerverzeichnis eingetragen ist oder hätte eingetragen werden müssen.

Die Antragstellung erfolgt mündlich oder schriftlich, wobei die Schriftform auch durch sonstige dokumentierbare elektronische Übermittlung als gewahrt gilt (§ 26 Abs. 1 und 2 EuWO).

Die Angabe der persönlichen Daten dient der Personifizierung der Person.

Das Verfahren OLIVA wird genutzt, um die Anträge in die Wahlkomponente des Einwohnerfachverfahren VOIS zu übermitteln.

Im gleichen Verfahren wird das Wählerverzeichnis gepflegt.

In OLIVA selbst findet keine weitere Verarbeitung oder Speicherung der Daten statt.

4. Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Im Falle der fehlenden Zuständigkeit leitet das Wahlamt die Anträge der Verwaltungseinheit (Gemeinde) von Amts wegen weiter, in deren Zuständigkeit der Antrag zu bearbeiten ist.

5. Dauer der Speicherung

Eine Speicherung der Daten erfolgt im Verfahren OLIWA nicht. Die Daten werden an das Einwohnerfachverfahren zur Durchführung der Wahl übermittelt und hier im Rahmen der Aufbewahrungsfristen für Wählerverzeichnisse nach § 83 EuWO nach Ablauf von sechs Monaten nach der Wahl vernichtet, sofern nicht genannte Tatbestände entgegenstehen.

6. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) insbesondere folgende Rechte:

a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 EU-DSGVO).

b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 EU-DSGVO).

c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 EU-DSGVO zutrifft.

Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 EU-DSGVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 EU-DSGVO.

d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Meldebehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d EU-DSGVO).

Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.

e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 EU-DSGVO).

Nähere Informationen zum Widerspruchsrecht nach dem Bundesmeldegesetz können den Hinweisen auf dem Meldeschein entnommen werden.

7. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

8. Ausdruck des Informationsschreibens

Auf Wunsch erhalten Sie ein gedrucktes Exemplar dieses Informationsschreibens.

Kontaktdaten der Aufsichtsbehörde:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen,

Postfach 20 04 44, 40102 Düsseldorf

Hausanschrift: Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf

Tel.: 0211 38424-0,

Fax-Nr.: 0211 38424-10,

E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de